



Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort.

BDN Hauptvorsitzender Hinrich Jürgensen, Parlamentarischer Abend 18. Mai 2010, Landeshaus, Kiel

Liebe Abgeordnete und liebe Gäste,

Es freut mich, dass wir uns heute hier im Landtag vorstellen dürfen und dass so viele Zuhörer erschienen sind.

Ich hatte gehofft, dass ich heute die deutsche Minderheit in Nordschleswig in ihrer ganzen Vielschichtigkeit kurz vorstellen dürfte, muss meine fünf Minuten nun aber leider aus gegebenen Anlass, einem anderem Thema widmen: den Finanzen. Es ist mir bewusst, dass Gelder kein Ziel an sich sind, und die Mittel, die wir aus Berlin und Kiel erhalten sind auch kein Selbstzweck, sondern unentbehrlich für den Erhalt der deutschen Volksgruppe in Dänemark, tragen sie doch zum großen Teil für den Erhalt unserer Kindergärten und Schulen bei.

Diese Grundlage unserer Arbeit ist nun gefährdet durch angedrohte Kürzungen von ca. 10% bei Bund und Land.

Unser Hauptproblem liegt dabei in Berlin, da unsere Bundesmittel nunmehr seit 13 Jahren praktisch nur überrollt werden. Dieser fehlende Ausgleich für normale Lohn- und Preissteigerungen hat zu einem Verfall des Wertes um ein Drittel geführt. Würde die Bundesrepublik sich anteilig an diesen Kosten beteiligen, wären das etwa 200.000 Euro jährlich – wohl gemerkt Jahr für Jahr.

Mit anderen Worten bekommen wir heute jedes Jahr 2,5 Millionen Euro zu wenig.

Wir wissen, dass die Bundesrepublik wirtschaftlich harte Zeiten gehabt hat und wir sind auch bereit gewesen unseren Solidarbeitrag zur deutschen Wiedervereinigung zu leisten. Wir wissen auch, dass die Defizite in Deutschland nicht weiter steigen können, aber:

- ▶ wir haben gespart und
- ▶ wir haben unseren Beitrag geleistet.

Unsere Eigenleistung sind in den Jahren über 50 Prozent, Dänischer Staat und Kommunen über 60 Prozent gestiegen. Während bei den jetzt geplanten Kürzungen bei Bund und Land, der Bund Steigerungen von 3 Prozent und das Land von 6 Prozent über die gesamte Periode von 13 Jahren.

Es ist keine unverschämte Forderung, wenn wir jetzt sagen: wir können so nicht mehr weitermachen.

Wir sind an dänischen Tarifen gebunden. An Konjunkturprogramme in Dänemark kommen wir nicht ran, weil sie nur über Darlehen finanziert werden und wir dem deutschen Haushaltsrecht unterliegen. Das heißt: Wir dürfen keine Darlehn aufnehmen.

An deutsche Konjunkturprogramme kommen wir nicht ran, weil wir im Ausland sind.

Wir brauchen Planungssicherheit und damit einen automatischen und kontinuierlichen Ausgleich für Lohn- und Preissteigerungen.

Dass wir unsere Aufgabe bisher trotzdem erfüllen konnten liegt daran, dass wir durch steigende Schülerzahlen auch steigende dänische Staatszuschüsse erhalten haben.

Neuste Zahlen zeigen jetzt einen Rückgang der Schülerzahlen und einen Rückgang der pro Kopf Zahlung für Schüler in öffentlichen, dänischen Schulen durch die Kommunalreform.

Von offizieller dänischer Seite ist bereits berechnet worden, dass Dänemark inzwischen die Hauptlast für sowohl die dänische Minderheit als auch für die deutsche Minderheit trägt.

Hierdurch werden die grundlegende Prinzipien der Balance im Grenzland – wie sie in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen festgehalten sind – verletzt. Die dänischen Medien haben dieses Thema auf jeden Fall schon aufgegriffen. Auch haben sich schon dänische Politiker kritisch zu Wort gemeldet.

Wir sind in den letzten vielen Jahren vom Land Schleswig-Holstein gut behandelt worden und dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Im Gegensatz zu den Bundesmitteln sind die Mittel aus Kiel im Schulbereich im Großen und Ganzen an die Lohn- und Preissteigerungen angepasst worden. Wir hatten immer Unterstützung vom Nordschleswig Gremium erhalten und haben gegenüber dem Bund, Schleswig Holstein immer als gutes Beispiel genutzt.

Bei den Sachausgaben sind wir allerdings auch Jahr für Jahr überrollt worden. So haben wir angesichts der Haushaltslage des Landes unseren Sparbeitrag geleistet.

Dass man uns nun aber Monat um Monat hängen lässt und uns nur auf Anfrage und Drängen Abschlagszahlungen und Informationen zukommen lässt, ist nicht akzeptabel. So ist uns erst auf Anfrage mündlich mitgeteilt worden, dass wir damit rechnen müssen, dass unsere Mittel bis zu 10 Prozent gekürzt werden– und das im laufenden Haushaltsjahr. Das dies bei einem Haushalt, der zu 70 Prozent aus Lohnkosten besteht, allein schon auf Grund der Kündigungsfristen unmöglich ist, sollte selbstverständlich sein.

Außerdem sind viele unserer Angestellte beurlaubte Beamte aus Schleswig-Holstein, die dann zurück nach Schleswig-Holstein gehen und so keinen Sparbeitrag leisten.

Wie gesagt, hätte ich gerne über unsere hervorragende Arbeit berichtet und nicht über Finanzen gejammert. Aber die jetzige Situation ließ mir keine andere Wahl. Das zeigt den Ernst der Lage.

Was die Aktivitäten der deutschen Nordschleswiger betrifft, verweise ich auf unsere Informationsausstellung und das dort ausliegende Material – natürlich auch mit Schaubildern über die finanzielle Entwicklung.

Nach so vielen harten Worten haben Sie alle eine Verschnaufpause verdient. Wir haben heute deshalb ein kleines Beispiel der guten Arbeit unserer Schulen mitgebracht.

Ich wünsche ihnen viel Vergnügen damit und danke für Ihre Aufmerksamkeit.